

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Mech'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger), für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

№. 59

Donnerstag den 12. März 1931

89. Jahrgang

Banzerkreuzer B im Ausschub

Berlin, 11. März. In der heutigen Beratung des Haushaltsausschusses des Reichstags fand im Mittelpunkt der Debatte die Frage der ersten Rate zum Banzerkreuzer B. Zunächst sprach für die Sozialdemokratie der Abgeordnete Hünlisch. Er wies darauf hin, daß seine Fraktion den bisher angeforderten Raten für das Banzerschiff „A“ die Zustimmung verweigert habe und daß für sie sachlich keinerlei Veranlassung vorliege, zum Banzerschiff „B“ eine andere Stellung einzunehmen. Der Wehrminister habe im Mai vorigen Jahres betont, daß er wegen der angespannten Haushaltslage auf die erste Rate für das Banzerschiff „B“ verzichte. Der neue Haushaltsentwurf sei noch angespannter als der vorjährige. Die Regierung hätte daher nach Ansicht der Sozialdemokraten alle Veranlassung, auch diesmal auf die Inanspruchnahme des zweiten Banzerschiffbaues zu verzichten. Wenn von der Regierung und den bürgerlichen Parteien auf die innenpolitische Gesamtlage hingewiesen worden sei, so verschiebe sich die sozialdemokratische Fraktion nicht der Erkenntnis, daß alle an der Aufrechterhaltung des demokratischen Regierungssystems und der Abwehr des Faschismus interessierten Parteien aus der augenblicklichen Lage gewisse politische Folgerungen zu ziehen hätten. Die Sozialdemokratische Partei habe aber entsprechende Gegenforderungen zu stellen. Die Fraktion verlange, daß die durch das Flottenbauprogramm erwachsende finanzielle Belastung durch eine entsprechende Entlastung der arbeitenden Bevölkerung ausgeglichen werde. Sie werde bestimmte steuerpolitische Anträge einbringen und erwarte gleichzeitig ein Entgegenkommen bei ihren Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete. Erst wenn diese Fragen geklärt seien, könne eine endgültige Stellungnahme der Fraktion zu den angeforderten Schiffbauten erfolgen. Die Fraktion werde sich daher im Ausschub bei der Beratung über die erste Rate des Banzerschiffes B zunächst der Stimme enthalten.

Für die Staatspartei erklärte Dr. Külg, daß seine Freunde die angeforderten Mittel bewilligen würden, ohne damit po-

litische Kompensationen auf anderen Gebieten zu verbinden. Die Marine müsse innerhalb der gegebenen Möglichkeiten auf der größtmöglichen Leistungshöhe erhalten werden. Die gleiche Forderung stülte auch der Zentrumsgewerkschaftsleiter Erling, der darauf hinwies, daß von den Neubauten für die Schiffe etwa drei Viertel auf Gehälter und Löhne entfielen. Der Bau des zweiten Banzerschiffes müsse auch deshalb in Angriff genommen werden, da größere Arbeiterentlassungen in Wilhelmshaven und Kiel vermieden werden müßten. Der Vertreter der Wirtschaftspartei beantragte, daß die Fertigbauten der Reichsmarine zum Gegenstand von parteipolitischen Auseinandersetzungen gemacht würden und betonte, daß diese Bauten der deutschen Arbeiterschaft nur nützlich sein würden, da reiche Arbeitsgelegenheit geschaffen werde. Abgeordneter Dingmann von der Volkspartei stimmte der ersten Bau rate für das Banzerschiff B bedingungslos zu. Seine Freunde beantragten, daß die Sozialdemokraten den Bau des Banzerschiffes dazu benutzen wollen, um auf anderen Gebieten Vorteile herauszuschlagen. Schließlich erklärte Dr. Köhler (Landvolk) die Zustimmung seiner Fraktion zu der Bau rate.

Reichswehrminister Gröner wies darauf hin, daß bei der Landesverteidigung Deutschlands die Okean eine besondere strategische Rolle spiele. Ihre Bedeutung sei durch die ungleiche Grenzverteilung im Osten noch gesteigert. Das strategische Kernstück stelle die Verteidigung Ostpreußens dar. Der Minister erklärte unter lebhaftem Beifall, daß er bei seinen pflichtgemäßen Vorbereitungen für die Landesverteidigung alles tun werde, um den Schutz Ostpreußens zu gewährleisten. Er schloß mit der Erklärung, daß er mit dieser einmal in Angriff genommenen Marinepolitik Ruhe und Ruhe und daß es ein Jurid für ihn nicht gebe.

Bei der Abstimmung über den Etat enthielten sich die Sozialdemokraten ihrer Erklärung gemäß der Stimme, so daß der Haushalt unverändert gegen die Kommunisten angenommen wurde.

grenze für Schlachtschiffe von 175.000 Tonnen auf 181.000 Tonnen erhöht. Frankreich und Italien können außerdem in der Zeit bis zum 31. Dezember 1936 je 31.000 Tonnen für Flugzeugträger in Dienst stellen. Von der Absicht, einen der Neubauten der obengenannten Kategorien auf Kiel zu legen, werden sich die beiden Mächte gegenseitig zu einem möglichst frühen Termin benachrichtigen.

Nach dem 31. Dezember 1931 dürfen keinerlei neue Unterseeboote gebaut werden, außer zur Fertigstellung des Bauprogramms von 1930 und zum Ersatz der wegen Ueberalterung ausserdienenden Tonnage. Die französische Unterseeboottonnage darf am 31. Dezember 1936 nicht den Betrag von insgesamt 81.960 Tonnen überschreiten. Dabei ist eine allgemeine Revision der betreffenden Bestimmungen auf der Abrüstungskonferenz vom Jahre 1932 ausdrücklich vorbehalten. Das britische Reich hat erklären lassen, daß die Frankreich zugestandene U-Bootziffer im Verhältnis zu der England auf Grund des Londoner Vertrags zustehenden Tonnage an Torpedobootzerstörern im Betrage von 150.000 Tonnen zu groß ist. Trotzdem wird England in Erwartung der vorgesehenen Revision durch die Abrüstungskonferenz von 1932 nicht auf den Artikel 21 des Londoner Vertrages zurückgreifen. Sollte auf dieser Konferenz eine befriedigende Proportion zwischen dem Bestande an französischer Unterseeboottonnage und dem Bestande an englischer Zerstörer tonnage nicht hergestellt werden, so behält sich Großbritannien das Recht vor, seinen Bestand an Torpedobootzerstörern zu erhöhen. Nach Durchführung des Bauprogramms von 1930 werden sowohl Frankreich wie Italien keine Kreuzer mehr in Dienst stellen, die mit größeren Kalibern als 155 Zentimeter besetzt sind. Die Gesamtsumme des Displacements der Neubauten an Kreuzern mit 155 Zentimeter Geschützen und an Zerstörern darf den Betrag an Tonnage nicht überschreiten, dessen Erzeugung in der Zeit bis zum 31. Dezember 1936 zulässig ist.

Staatssekretär Stimson über das französisch-italienische Flottenabkommen

Washington, 11. März. Staatssekretär Stimson erklärte heute, er habe den Text des zwischen England, Frankreich und Italien vereinbarten Flottenabkommens erhalten und billige ihn vollinhaltlich. Er könne jedoch noch nicht feststellen, ob das Abkommen eine Revision des Washingtoner oder des Londoner Flottenpaktes darstelle, denn der Text sei noch nicht endgültig formuliert. Es gebe mehrere Möglichkeiten: Getrennte Erklärungen der drei beteiligten Mächte oder ein dreiseitiges Abkommen, oder einen Notenustausch zwischen allen fünf Seemächten, oder eine Revision des Londoner Vertrages. Er hoffe, daß sich eine Revision des Londoner Vertrages vermeiden lasse, denn die im französisch-italienischen Abkommen vorgesehene einzige Veränderung gegenüber den bisherigen Abkommen bestehe in einer geringfügigen Erhöhung der französischen Großkampfschiff-tonnage.

Berlin, 11. März. Wie wir erfahren, werden am 12. und 13. März im Londoner Konferenz der Innenminister der Länder, die heute vom Minister Erering im preußischen Landtagsausschuß angekündigt wurde und die sich mit der Gottlober-Frage beschäftigen soll, die Innenminister von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen teilnehmen.

Gandhis Freilassung

Was ein deutscher Augenzeuge berichtet

Die größte Versammlung der Welt.

Englands Fehler. — Das folge England auf die Knie zu bringen. — 200.000 bis 300.000 Menschen versammelt. — Ungerhöriger Begeisterung. — Treuer Zusammenhalt der Indier. — Woban wir Deutsche lernen können!

Man erhält man über Indien nur englisch gefärbte Berichte. Umso wertvoller ist nachstehender Brief, den ein deutscher Herrschaftssohn, der jetzt in Bombay als Ingenieur tätig ist, an seine Eltern schrieb. Der Brief, der im „Karlsruher Tagblatt“ veröffentlicht ist, gibt ein lebhaftes Bild von der Stärke der indischen Freiheitsbewegung.

is. Ich habe ein Erlebnis gehabt, das nicht alltäglich sein dürfte. Von der Freilassung Gandhis werde ich ja in der Presse gelesen haben. Dies war der dritte Fehler, den die Engländer hier gemacht haben. Der erste war, als sie Gandhi den Satzmarkt antreten ließen und dadurch die Bewegung erst recht den Impuls bekam. Der zweite war dann, als der Mahatma, d. h. „große Seele“, der nun schon hier wie ein Heiliger verehrt wird, von den Engländern ins Gefängnis gebracht wurde. Und nun der dritte und vielleicht größte Fehler ist die Wiedereinführung Gandhis aus dem Gefängnis. Ein Indier sagte mir vor wenigen Tagen, was Deutschland in vierjährigem Kampfe nicht mit den Waffen fertig bringen konnte, bringt nun dieser einfache Mensch durch seine Wortbewegung fertig, nämlich das folge England auf die Knie zu zwingen.

Am Montag nacht verließ Gandhi das Gefängnis in Poona, ungefähr 20 Kilometer von Bombay entfernt. Eigentlich wurde Gandhi schon Montag früh freigelassen, doch er verblieb im Gefängnis, denn der Montag ist der Tag des Schweigens für ihn. An diesem Tag ist der Mahatma nichts und spricht mit keinem Menschen ein Wort, sondern er betet von morgens bis abends innig für die Freiheit seiner indischen Heimat. Gandhi lebt nur seiner großen Freiheitsliebe. Seine Familie und sein Vermögen hat er geopfert, um seinem Lande dienen zu können.

Auf dem Wege von dem Gefängnis nach Allahabad kam Gandhi nach Bombay, um sich einen Tag hier aufzuhalten. Bombay feierte. Die Massen trugen ihren Kopf höher und lockten, denn der Führer, der sie aus der Not herausführen will, weilt in ihren Mauern. Dauernd riefen Massen durch die Straßen mit den indischen Nationallaggen, Rufe gegen England erhoben. Die Polizei und das Militär hielten sich heute im Hintergrund. Ich konnte aus dem Büro meiner indischen Geschäftsfreunde. Man frag mich, ob ich Interesse hätte, mit ihnen zur Gandhifreilassung zu gehen. Ich ging freudig mit. Ich stand neben meinen indischen Bekannten eingekleidet in diese Massen und war fast der einzige Weiße, der das wagte. Die englischen Zeitungen schätzten, daß 200.000 Menschen versammelt waren; diese Zahl dürfte viel zu niedrig angenommen werden, die Indier rechnen 500.000 bis 600.000 Menschen an. Man kann also ruhig sagen, daß ich der größten Versammlung der Welt angelehnt habe.

Mittags kurz nach 12 Uhr begann schon der Anmarsch der Massen, obwohl der Beginn der Versammlung erst um 6 Uhr angefangen war. Je näher wir zur Stelle kamen, umso gefährlicher wird Menschen- und Autogedränge. Der Verkehr wird nicht mehr durch die Polizei geregelt, sondern nur noch durch Gandhifreiwilige in ihren Kalshuniformen. Vor mir lag der riesige Hauf mit der nach Hunderttausenden zählenden Menschenmenge. Die Männer, fast durchweg in ihren weißen Gandhimützen und viel in ihren weissen indischen Gewändern, sitzen auf dem Boden. Ich sah also auch zwischen diesen Massen. Die Gandhibewegung verbietet streng ihren Anhängern, auch nur das Geringste gegen einen Weißen zu unternehmen. Als die in meiner Nähe sitzenden Indier erfuhr, daß ich Deutscher sei, wurde ich gleich ganz anders angesehen und hatte nichts zu befürchten. Dabei gab mir auch einer der Indier den „Congress Bulletin“, diese Zeitung ist nämlich streng verboten und die Engländer suchen schon über ein Vierteljahr die Druckerei zu finden. Dieses Suchen ist vollständig ergebnislos verlaufen, ein Zeichen, wie Licht und Verhängnis die Indier sind und wie treu diese zur Nationalbewegung stehen. Bei uns wäre doch so etwas schon lange verraten worden. In dieser Hinsicht könnte man viel von den Indern lernen.

Der Andrang der Massen wurde immer größer. Um sie etwas in Schach zu halten, übertrag man indische Musik, indische Nationallieder, die von der Masse mitgeführt werden. Dazwischen ertönen die Kampfrufe gegen England und gegen die englische Ware. Man kann das wirklich nicht mit Worten auch nur annähernd wiedergeben. Der in Indien so eigentümlich gefärbte Abendhimmel, die Sonne vergoldete im Abstrichnehmen die Kuppeln der Paläste, bunte Farben prallt allüberall. Wohllich eine Bewegung durch die Massen, Gandhi, der Führer, kommt. Die ganze Situation ist nun verleblich mit einem heranziehenden Sturm an der Küste des Meeres. Wie ein Orkan ging der Schrei durch die Massen: „Mahatma, mach uns frei!“

Gerade als Gandhi die Rednertribüne erreichte, ging die Sonne unter. Ihre Strahlen fielen auf die vielen gefalteten Hände, die sich nach indischem Brauche dem Mahatma entgegenstreckten. Nach Sonnenuntergang setzt sofort die Dunkelheit ein und schon wieder die riesigen Scheinwerfer auf die Menge, damit die Masse ihren Führer sehen kann. Beim endemolende Staße!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund fordert fünftägige Arbeitswoche

Berlin, 10. März. Der Ausschub des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hielt heute im Gewerkschaftshaus eine Tagung ab, auf der die allgemeine Wirtschaftslage eingehend besprochen wurde. In einer einstimmig angenommenen Entscheidung wurde sodann die Einführung der fünftägigen Arbeitswoche gefordert. In der Resolution heißt es u. a.: Der Bundesauschub lehnt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitslosigkeit selbst bei besserer Konjunktur auf alle Arbeitskräfte gerecht zu verteilen. Aus diesem Grunde erhebt der Bundesauschub schärfsten Protest dagegen, daß Schließungsbeschlüsse gefällt und durchgeführt werden, die sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben. Um so eindringlicher muß die Forderung wiederholt werden, baldmöglichst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das die regelmäßige Arbeitswoche auf fünf Tage oder 40 Stunden beschränkt. In einer weiteren ebenfalls einstimmig angenommenen Entschließung zur Lohnfrage heißt es u. a.: Statt der in Aussicht gestellten Behebung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge des Lohnbaues erheblich weitergestiegen. Die Forderung des Gewerkschaftsbundes nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt daher nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft. Löhne und Gehälter, sowie die Summen aus den Unterstützungslagen stehen rechtlos in den Konsum zurück und bilden einen bedrückenden Antriebs des wirtschaftlichen Lebens.

Der deutsche Osten

Berlin, 11. März. In einer Rundfunkrede hat sich der Reichsminister Tredermann gestern im Anschluß an die Verabschiedung des Osthilfegesetzes durch den Reichstag über die Lage im Osten ausgesprochen. Den Widerspruch der heutigen Grenzschließung wußte er durch die Tatsache, daß an 900 Verkehrswege, darunter 68 Eisenbahnen und 141 Landstraßen geschlossen seien. Auf die Art wäre der östliche Lungenkugel des Reiches der Verfallenerung preisgegeben.

Französisch-italienische Flottenabmachungen

London, 11. März. Der Text des französisch-italienischen Flottenabkommens wurde heute hier veröffentlicht. Nach dem Abkommen dürfen Frankreich und Italien in der Zeit bis zum 31. Dezember 1936 je zwei Schlachtschiffe fertigstellen, deren Displacement 35.300 Tonnen nicht überschreiten darf. Die Besetzung darf kein größeres Kaliber aufweisen als 12 Zoll. Sobald einer der Neubauten fertiggestellt ist, wird Frankreich ein Schiff der Alderot-Klasse aus dem Flottenbestand streichen. Italien wird dagegen bei Indienststellung der Neubauten liberalisierte Kreuzer erster Klasse abwraden und zwar etwa 16.800 Tonnen, insgesamt 25.600 Tonnen. Ohne einer allgemeinen Revision der im Washingtoner Abkommen vorgesehenen Höchsttonnageziffern für Schlachtschiffe vorzugreifen, wird die im Washingtoner Vertrag für die Flotten Frankreichs und Italiens vorgesehene Tonnagehöchst-

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeitdauer über deren Raum 25 Spalten, Restamtszeit 20 Spalten, Offerte und Bestätigung 20 Spalten. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahoverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 5 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Zusicherungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Verantwortlich für beide Teile ist Neuenbürg. Für reich. Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bei der Befragung Gandhi vom Verfallungsplan kam es noch zu ungeheuren Demonstrationen, die nicht mehr enden wollten. Bei der Abfahrt hat sich eine typische Szene ereignet. Als Gandhi in die Nähe des Bahnhofs kam, war schon wieder eine ungeheure Menschenmenge versammelt. Als Gandhi mitten in der Masse war, erhob er seine Hand und rief: „Wenn Ihr die Freiheit haben wollt, dann müßt Ihr zuerst gehorchen lernen und zeigen, daß Ihr der Freiheit würdig seid. Ihr dürft keine Strafen verüben und dadurch den Verkehr behindern. Geht sofort nach Hause und macht keinen Lärm mehr. Das verlangt Euer Führer von Euch.“ — Fünf Minuten später waren tatsächlich die Strafen frei von den Indern.

Die nächste Generation wird „abgestempelt“

Die Arbeitslosigkeit laßt wie ein Fluch auf unserem Volke, wie eine furchterliche lange Dämonstranz. Es hat keinen Sinn, Vogel-Strauß-Politik zu treiben und die Augen vor den erschreckenden Folgen dieses Massenleidens zu verschließen. Am schlimmsten dürften wohl die Auswirkungen bei der Jugend, die in der Arbeitslosigkeit heranwächst, sein. Die Kerne dieser Armeen aber sind die jugendlichen weiblichen Arbeitslosen. Das traurige Los vieler von ihnen schildert A. K. Salonen eindringlich und erschütternd, wenn er schreibt:

Weibliche Arbeitslose werden heute unmittelbar vor den Augen der Arbeitsämter von Männern angeprochen und zum Mithgehen veranlaßt. Sie sind doch arbeitslos, Fräulein — kommen Sie mit — was haben Sie sonst auch vom Leben ... ?

Die Polizei stellt bei der Ueberholung zweifelhafter Posten waffenhaft Mädchen, deren einziger Ausweis ihre Arbeitslosen-Zienkarte ist. In Kinos und Hausbesuchen sieht jeder von uns täglich Paare, die keinerlei Bedenken mehr tragen, ihre Leidenschaft zu prostituieren. Die barmherzige Gefährdungspolizei stellt in vier Straßen in drei Monaten 400 junge Mädchen und Frauen in den Parks, vor Tanzlokalen, hiellos auf den Straßen der inneren Stadt, die in Schandhaft genommen werden mußten.

In alledem trägt die Jugend heute ein krankhaft überreizenes Selbstbewußtsein zur Schau. Ihre Entwicklung geht schief, äußerlich und innerlich. Die heute 18-25-jährigen werden auch mit 40 Jahren das gleiche Niveau haben wie jetzt: in den Arbeitsämtern wird auch unsere nächste Generation abgestempelt!

Unverständliche Erwartungen von Rußland

Berlin, 11. März. Seit die deutschen Industriellen aus Rußland zurückgekehrt sind, werden in einem Teil der Presse wieder überhöchliche Erwartungen auf das große russische Geschäft gesetzt. Unbelebt durch die vielen trüben Erfahrungen, die man seit Kapala machen mußte, gibt man sich demüthig wieder der alten Illusion hin, als ob von Sowjetrußland der frische deutsche Wirtschaft das Heil kommen werde. Erkauntlich ist nur, wie leichtfertig man sich über die finanzielle Seite hinwegsetzt. So meint das „Berliner Tagblatt“: Es herrscht unter den deutschen Industriellen Einmütigkeit, daß die von Rußland verheißenen Aufträge nur dann durchgeführt werden können, wenn die deutsche Regierung auch für die zusätzlichen 300 Millionen Mark, die für den bisherigen deutschen Export nach Rußland eine 70prozentige Ausfallgarantie übernehme. Das heißt mit schlichten Worten also, man will dem Reich, das so wie so finanziell lahm aus noch ein weiß, so ziemlich das ganze Risiko dieser zweifelhaften Transaktion aufbürden. Unter diesen Umständen ist es freilich leicht, „Vertrauen“ zur Sowjetunion zu hegen.

Höchst eigenartig muß es berühren, daß dieser Geschäftsenthusiasmus für Rußland zusammenfällt mit dem Beginn der Kampagne auf kulturpolitischem Gebiet, die Dr. Wirth im Reichstag angeführt hat. Selbst der preussische Innenminister Severing hat sich im Landtagsausschuß gegen die sowjetrussische Kirchenbesteuerung gewandt und eine Konferenz der Innenminister der Länder angeregt, um Abwehrmaßnahmen zu beraten.

Die Württ. Ärztekammer zur Frage der Abtreibung

Stuttgart, 11. März. Das Medizinische Korrespondenzblatt für Württemberg enthält in seiner neuesten Nummer die Stellungnahme der Württ. Ärztekammer zum § 218 des Strafgesetzbuches. Es heißt darin: Das ungewöhnlich starke Interesse, das nach der Verhaftung des Dr. med. Friedrich Wolff und der Frau Dr. med. Jakobowich-Sienle die Öffentlichkeit überhaupt und die Presse dem § 218 des Str.G.B. entgegenbringt, läßt Veranlassung, der Ärztekammer wie der Öffentlichkeit den Standpunkt in Erinnerung zu bringen, den die Vertretung der deutschen Ärzteschaft, der Deutsche Ärztetag und mit ihr die gesetzliche Vertretung der württ. Ärzte dieser Frage gegenüber einnimmt.

Die notorische Ueberhandnahme von Abtreibungen, Forderungen politischer Kreise und ihnen nachstehender Ärzte auf Aufhebung des § 218 nach sowjetrussischem Vorgang, sowie die vom Reichstag gewünschte Reform der Strafgesetze überhaupt hatten im Jahre 1925 dem Deutschen Ärztetag in Leipzig veranlaßt, die Frage einer Aenderung des § 218 auf seine Tagesordnung zu setzen.

Die vom Berichterstatter vorgeschlagenen Leitätze wurden auf dieser von 27 Delegierten besetzten Tagung, die 3541 Ärzte vertraten, in nachfolgender Fassung angenommen:

1. Die bedenklich gewachsene Abtreibungssucht ist in sozialwirtschaftlichen und seelisch-sittlichen Ursachen begründet; sie kann durch strafgesetzliche und politische Verbote allein nicht bekämpft werden. Für den Arzt bedeutet die Schwangerschaft eine normale Körperfunktion der Frau mit dem Ergebnis der Fortpflanzung und Erhaltung der Art. Deshalb kann die Unterbrechung einer Schwangerschaft und damit die Vernichtung eines künftigen Lebens vom ärztlichen Standpunkt aus nur mit einer bestehenden oder drohenden erheblichen Gefahr für das Leben der Schwangeren begründet werden.
2. Eine Aufhebung der gesetzlichen Strafbestimmungen wäre ein verhängnisvoller Mißgriff. Demüthigste Ausnahme der Abtreibungen, weitere Verwilderung der Geschlechtsitten, Vermehrung der Geschlechtskrankheiten wäre die unausweichliche Folge. A. Auszutreiben ist im Strafgesetz: a) eine Aenderung der bestehenden Strafbestimmungen in dem Sinne, daß durch Herabsetzung der unteren Strafgrenze bis zu völliger Straffreiheit dem Richter die Möglichkeit gegeben wird, beson-

deren Notlagen oder dringenden Beweggründen gerecht zu werden. b) Eine gesetzliche Bestimmung, bezweckend die Unterbrechung einer Schwangerschaft, die durch gerichtlich erwiesene Notzucht entstanden war, nicht rechtswidrig sein soll. Straffreiheit der Schwangeren als Belohnung für das Angehen der Perion, die gewerbmäßige Beihilfe geleistet hat, ist aus allgemeinen Rechtsgründen abzulehnen. 4. Eine allgemeine ärztliche Anzeigepflicht für Aborte ist als Mittel zur Eindämmung der Abtreibung nutzlos und nur geeignet, die an den Folgen der Abtreibung Erkrankten von der Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe abzuschrecken und Kurpfuschern in die Hände zu treiben. 5. Eine Unterbrechung der Schwangerschaft durch den Arzt nach den Regeln der Wissenschaft, insbesondere zur Beseitigung einer bestehenden oder drohenden erheblichen Gefahr für Gesundheit oder Leben der Schwangeren ist nicht rechtswidrig und keine Abtreibung im Sinne des Strafgesetzes. Eine ausdrückliche Bestimmung dieser Art im Strafgesetz, ähnlich dem § 228 des „Kantischen Entwurfs“, der sich nur auf die dem Tathand der Körperverletzung oder Mißhandlung entsprechende Eingriffe erstreckt, ist anzustreben. 6. Die rechtliche Sonderstellung der begründeten Schwangerschaftsunterbrechung durch einen Arzt setzt voraus, daß der Eingriff nach den Grundsätzen der ärztlichen Wissenschaft und Kunst und nach der Uebung eines gewissenhaften Arztes vorgenommen wird. Dabei sind folgende Forderungen für die Standesordnung zu erheben: a) Die Unterbrechung darf nur aus ärztlichen Gründen, also zum Zwecke der Heilung oder Gefahrabwendung vorgenommen werden. Die sogenannte „soziale Indikation“, die richtiger „wirtschaftliche Indikation“ hieße, gründet sich auf Notlagen, zu deren Beurteilung der Arzt nicht allein berufen und zuständig ist; sie ist als Indikation für die Unterbrechung unbedingt abzulehnen. Die sog. „eugenische Indikation“ bezieht sich auf einem ärztlich-biologischen Fragegebiet, dessen Vorfrageergebnisse noch zu dürftig sind, um sich dem praktischen Handel als Stütze zu dienen. b) Zur Feststellung der ärztlichen Begründung für eine Schwangerschaftsunterbrechung ist, von dringenden Notfällen abgesehen, die vorherige Beratung mit wenigstens noch einem zweiten Arzt, der möglichst höherer für das betreffende Krankheitsgebiet sein soll, erforderlich. 7. Zur Bekämpfung der Abtreibungssucht ist eine umfassende Aufklärung über die biologische Bedeutung der Schwangerschaft und über die gesundheitlichen Gefahren ihrer Unterbrechung erforderlich. Die ausgiebige Mitwirkung der Ärzteschaft ist hierbei unerlässlich.

Ein Anschlag auf den Belgrader Diktator?

Ueber ein Attentat auf den südslawischen Ministerpräsidenten Jidoswitsch erhält die römische „Tribuna“ nähere Mitteilungen von einer hochstehenden kroatischen Persönlichkeit, deren Namen sie verweigern muß, deren Angaben aber als durchaus zuverlässig zu betrachten seien.

Den Anschlag auf den General, so meldet die „Tribuna“, habe der Sohn des jüngst verstorbenen früheren Ministerpräsidenten Suljowitsch verübt. Er habe sich in Belgrad zu General Jidoswitsch begeben, habe ihm mehrere Revolverkugeln in den Leib gefügt und den Schwerverletzten für tot gehalten. Darauf habe der junge Mann Selbstmord begangen. Das Ganze sei geheim gehalten worden. Der König habe davon in Agram erfahren. Es sei durchaus richtig, daß der König seit langem in schwerem Gegendruck durch die militärische Diktatur stehe und Jidoswitsch nur deshalb nicht zu entfernen wagt, weil er gleichzeitig das Haupt der Offiziersvereinsung „Die weiße Hand“ sei. Der König habe aber die Gelegenheit von Jidoswitschs schwerer Verwundung und langem Krankenlager dazu benutzt, das Kabinett nach seinen Wünschen umzubilden.

Sozialdemokratie und § 218

Stuttgart, 11. März. Auf ihrer ordentlichen Hauptversammlung am Montag nahm die Sozialdemokratische Partei Stuttgarts zu der Frage des § 218 einstimmig folgende Entschliessung an: Die Hauptversammlung der S.P.D. Groß-Stuttgart protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die barbarische und mittelalterliche Handhabung des rücksichtslosen und volksverhätenden Sexualstrafrechts. Der Kampf um die Modernisierung der unzulässigen §§ 184 und 218 wird mit aller Entschiedenheit von der S.P.D. aufgenommen. Die S.P.D. ist sich dabei bewußt, daß es im Interesse des gesamten Volkes, vor allem aber der verfolgten Frauen und Mädchen liegt, wenn dabei nicht das Agitationsbedürfnis einzelner Parteien in den Vordergrund gestellt wird, sondern der Kampf um eine großen und allgemeinen Volksfrage gemacht wird. Die Parteiverammlung fordert die Instanzen der Partei und die Parteipresse auf, in diesem Sinne die Stuttgarter Vorkommnisse zum Anlaß einer großen Kampf- und Aufklärungskaktion zu machen.

Gedenket der hungernden Vögel.

Zur Bereitung von Suppen und Soßen

MAGGI'S Fleischbrühe



Die Flucht aus dem Kraml

Roman von Sven Adelon.

Schlaf.
Welche Beweggründe den Bankier plötzlich bewogen hatten, die Entscheidung selbst in die Hand zu nehmen, ankam wie urplötzlich denksüchtig, den Befehl der Polizei anzunehmen, kann niemand wissen. Sein eigener Mund ist für immer geschlossen.
Die Unterhaltungen der französischen Polizei können in dieser Sache als abgeschlossen gelten.
Daß niemand als der Bankier den anderen erschossen hat, steht außer Zweifel. Abgesehen davon, daß er sofortigen auf frischer Tat ergriffen wurde, und daß sein Selbstmord als ein Jugendsündel betrachtet werden muß, hat die Kriminalpolizei mit lobenswerter Gründlichkeit festgestellt, daß der Sowjetbeamte mit einer Kugel aus dem Revolver des Bankiers getötet wurde, und daß auf dem Revolver die Fingerringe des Bankiers sind. Schon diese schlichten Beweise an sich wären zwingend gewesen.
Da der Mörder selbst die Strafe an sich vollzogen hat, blüht der Polizei nichts anderes übrig, als über den Vorfall Protokoll aufzunehmen.
Aufforderungen von verschiedener Seite haben uns veranlaßt, die Namen der Getöteten nicht zu veröffentlichen.
Ich reichte Sorin den Zeitungsausschnitt zurück und er legte ihn sorgfältig wieder in seine Brieftasche.
„Ja, so berichtete der „Matin“ über das Drama“, fuhr er fort, „die Sache erregte weiter kein Aufsehen. Man ist ja hierzulande daran gewöhnt, daß Russen zum Revolver greifen, wenn sie über ihre alten Aufsehende mitrinander abrechnen, und weder das Publikum noch die Presse nehmen besonderen Anteil an einem Mord, das man für gelöst hält. Der Zeitungsausschnitt spiegelt die Auffassung wieder, die die Polizei von dieser Angelegenheit hat. Aber Sie haben natürlich schon erraten, daß ich selbst der Bankmann war, der der Polizeibehörde am Nachmittag in der Rade Gromow's einen Besuch abstattete und sich den Befehl des Kommissars gegen den Geldverweigerer erbat. Sie verstehen auch, warum ich die Polizei um halb acht Uhr gewissermaßen bestellte. Ich mußte ja dafür sorgen, daß Gromow verhaftet wurde, bevor er die Spuren seines Verbrechens entfernte.
Aber die Polizeibeamten waren mir fast zu früh gekommen. — Die Unterhaltung mit Gromow hatte länger gedauert als berechnet. So wie die Sache vor sich ging, wurde Gromow gewissermaßen auf frischer Tat überführt; aber

selbst wenn die Beamten, wie ich berechnet hatte, zehn Minuten später gekommen wären, dann würde Gromow, wie der „Matin“ ganz richtig bemerkt, auf Grund der Kugel und der Fingerringe verurteilt worden sein.

Hätte Gromow sich nicht erschossen, sondern versucht, die Schuld auf mich abzuwälzen, würde das zu keinerlei Erfolg geführt haben.

Bevor die Polizei ins Kontor kam, hatten Olga, Herr Jarowitsch und ich das Haus verlassen. Angehindert gingen wir eine Hinterterrasse hinauf und von dort durch einen Gang in eine sehr belebte Nebenstraße, wo uns niemand bemerkte.

Meine treuen Helfer Jarowitsch und Frau Olga waren nur teilweise von dem, was kommen sollte, unterrichtet. Jedenfalls begriff Olga nicht im mindesten, daß Barschlo dochhändlich zu seiner eigenen Verurteilung geführt wurde. Vielleicht hatte Hauptmann Jarowitsch von vornherein eine Ahnung davon, was geschehen würde. Ich hatte ihm jedenfalls nichts gesagt. Im Notfall würde ich auch alles auf mich allein genommen haben.

Das war der letzte Tag, an dem Frau Jarowitsch in Gromow's Geschäft arbeitete. Sie hatte eine Bekleidungsanleihe vorgelegt, daß sie krank sei, und geländigt. Am nächsten Tage wären weder sie noch ich als Zeugen zu finden gewesen, und es lag nicht der geringste Grund vor, einen Verdacht gegen jemand anders als Gromow zu erheben.

Von dem Augenblick an, als der Schatz fiel, war Gromow's Stellung hoffnungslos. Ein Mörder wird ja dadurch nicht strafrei, daß er behauptet, eine falsche Person erschossen zu haben. Auch würde Gromow nicht beweisen können, daß er aus Notwehr gehandelt hatte.

Gromow begriff selbst, daß es keinen Ausweg mehr gab. Darum erschoss er sich.

35.

Ausflug.

Sorin hatte seinen Bericht geschlossen und blieb schweigend sitzen, während aus der Rade der Jagarten allmählich einhüllte.

Ueber sein Antlitz huschte es wie ein Schatten. Da erst begriff ich, wieviel er eigentlich unter seinem belebten Äußeren verbarg. Und jetzt erst sah ich, daß die Silberreifen über seinen Schläfen seit unserem letzten Zusammensein in Freudenstadt breiter hervorgetreten. Ich fürchte, wir müßten und verdrängt dieser Mann war, und daß er sich nur noch durch seinen unerlöschlichen Willen aufrecht hielt, der durch viele bittere Leiden geküßt war.

Rara darauf sagte Sorin: „Sie wundern sich wohl über meine Offenheit gegenüber einem so fremden Menschen? Wissen Sie, warum ich Ihnen das alles anvertraut habe?“

Ich überlegte einen Augenblick und antwortete dann: „Vielleicht rechneten Sie damit, daß ich bei meiner Ankunft in Paris Frau Vera ausfinden und damit die Einzelheiten

über Gromow's Tod erfahren würde. Vielleicht glaubten Sie, daß ich dann hin- und herrechnen und die Lösung schließlich selbst finden würde.“

„Verzeihung“, warf Sorin ein, „aber Sie allein würden die Lösung niemals gefunden haben. Gegen meinen Willen kann man mir die Wahrheit über diese Zusammenhänge nicht abwingen. Selbst wenn Sie in diesem Augenblick auf dem kürzesten Wege zur Polizei gingen, was Sie meiner Ueberzeugung nach nicht tun werden, dann würde meine Stellung gegenüber der Polizei unangreifbar sein. Aber ich fürchtete, daß Sie zu Vera gehen möchten und daß ich ihr dann möglichst gegen meinen Willen Auge in Auge gegenübersehen würde. Und eben das darf nicht geschehen. Wenn ich Ihnen die Wahrheit gesagt habe, dann geschah das nur, um mit Ihrer Rechtschaffenheit rechnen zu können.“

„In dem Falle haben Sie sich nicht verrechnet“, antwortete ich, „ich reise morgen weiter und Ihr Geheimnis ist bei mir wohlgeborgen. Aber erlauben Sie einem Manne, dessen Freundschaft Sie gewonnen haben, Ihnen einen Rat zu geben: Gehen Sie zu Vera! Erst dann werden Sie Ruhe finden.“

Sorin schüttelte den Kopf. „Ich bin nun so viele Abende vor Vera's Fenstern hin- und hergegangen und habe mich danach gefehlt, ihr meine Sache in die Hände zu legen“, antwortete er müde. „Man weiß zu alles“, wollte ich sagen. „Gromow war ein Dieb und Angeber, aber vielleicht war er in deinen Augen doch ein wertvollerer Mensch als ich. Urteile selbst!“ So wollte ich zu ihr sprechen, aber ich weiß nicht, ob ich es jemals können werde.“

Rara darauf brachen wir auf. Wir trennten uns auf einem der großen Boulevards. Ich nahm ein Auto, während Sorin vorzog, zu Fuß weiterzugehen.

Ich erinnere mich noch seiner aufrechten Gestalt, die im Morgendämmer den Boulevard entlangschritt, auf dem das Leben der erwachenden Großstadt gerade zu pulsen begonnen hatte.

Und noch einmal habe ich Herrn Sorin gesehen. Es war noch einigen Monaten in einem Badeort in der Bretagne. Ich machte einen Abendspaziergang am Strande. Da erblickte ich plötzlich oben auf einer Klippe eine Dome und einen Herrn, die über das Meer hinaussehenden, von dem der Sonnenuntergang Gold und Purpur über die nackten, grauen Felsen ausgoß. Es waren Vera und Sorin.

Ich ging schnell weiter.

— Ende —

Dieser Roman ist in Buchform erhältlich



Aus Stadt und Bezirk.

Wetterbericht: Bei Island liegt noch Hochdruck, über dem Festland zeigen sich kleinere Depressionsgebiete. Für Freitag und Samstag ist zeitweilig bedecktes, aber trockenes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 11. März. (Württ. Schwarzwaldberein.) Wiederum haben wir eine wohlgelungene Wanderung hinter uns. Das gesteckte Ziel war die Burg Straußenhardt und das Schwabentor. Es war ein besonderer Genuss für die Teilnehmer, durch den verschneiten Wald zu wandern. Die Schutzhütte vor uns, um Bahn zu machen, gelangten wir bald nach der Ansbacher Höhe. Hier zeigte sich uns ein herrliches Winterbild. Ringsum die verschneiten Höhen der Schwarzwaldberge, unter uns das Tal des eilig dahintauschenden Waldbaches. Wie groß und herrlich bist du Natur! Jede Hand es, die unseren Wandervereinen noch fernstehen, kommt zu uns und genießt mit uns die Schönheiten der Natur durch gemeinsames Wandern. Von der Talseite des Schwabentores erfolgte der Aufstieg auf die Burg. Was hier erlebte wurde, konnte nur durch scharfe Ausdauer und Beharrlichkeit vollbracht werden. Durch meterhohe Schneehänge der Gipfel erkämpft werden, aber es gelang. Der Lohn war ein herrlicher Ausblick und rote Wangen. Insbesondere soll den Damen herzlich Dank gesagt sein für das tapfere Durchhalten. Eine kurze Rast und eine photographische Aufnahme wurde gemacht und weiter ging es durch den schneebedeckten Wald. Einige Wildspuren zeigen, daß Leben auch in ihm ist. Bald gelangen wir an das Schwabentor. Vermutlich wurde das Tor im Jahr 1100 erbaut. Hier ging ein Teil der Handelsverträge vom Bodensee ins Württembergische hinüber und umgekehrt, hier mußte dem Spiechbecher den Torwart Weggoll entrichten werden. Im Jahr 1307 wurde die Burg und das Tor von dem Grafen Eberhard dem Greiner zerstört. Der Aufstieg zur Schwabentor war für die Teilnehmer nochmals ein Kapitel für sich. Durch starken Schneeeindruck sind zahlreiche Tannen über den Weg geworfen worden. Es war spassig mit anzusehen, wie dieses Hindernis überwunden wurde. Als es unmöglich wurde, weiterzugehen, gingen letztendlich abwärts und unter allgemeinem Gelächern über die überhandnehmen Schreden kamen wir zur Schwabentor. Dem Aufstieg hatte die Wanderung auch nicht geschadet, und bald stellte sich eine gemütlige Stimmung ein, so daß im freien Wandertreffle muntere Reden gefolgt werden konnten. Ziel mit dabei gewesen zu sein, gelobte man sich, bei der nächsten Tageswanderung einander wiederzusehen. Waldheim! R. B.

Derrenald, Gemeinderatsitzung am 10. März 1931. Die Ortsfürsorgebehörde erledigte in nichtöffentlicher Sitzung fünf Fürsorgefälle.

In der anschließenden Sitzung des Gemeinderats wurde eine Revision der Gebühren für die Benutzung des Freizeitanlagen, Luft- und Sonnenbades vorgenommen und die Anstellungsbedingungen für das Kassen-, Garderobe- und Aufsichtspersonal für die kommende Saison festgelegt. Aus diesem Anlaß gab der Vorsitzende eine Uebersicht über den Besuch des Bades im Vorjahr, aus der hervorgeht, daß das Bad trotz der unangünstigen Witterung von 12943 Personen besucht wurde. Außerdem kamen 81 Dauerkarten zur Ausgabe. Zur Neueinführung kommen verbilligte Kartenhefte zu je 20 Karten für Kurfernde, auch wurden die Preise für Dauerkarten neu geregelt.

Der Vertrag mit der C. Mees'schen Buchdruckerei, Neuenbürg über die Herausgabe des Adreßbuchs wurde auf weitere drei Jahre zu den bisherigen Bedingungen verlängert. Genehmigt wurde die Anschaffung einiger neuer Subskribenten für die Volksschule.

Die Publikation der Schulassenrechnung der Jahre 1928 und 1929, Rechnungsanweisungen und eine Grundstücksbewertung bildeten den Schluß der Sitzung.

Die Lehren und Erfahrungen von 25 Jahren Trinkerfürsorge berichtet der ehrenamtliche Leiter der mit dem Volksratsamt in enger Arbeitsgemeinschaft stehenden Dammurger Trinkerfürsorge, Oberweg, Platz D. Badhaus, in einer

Große Finanzdebatte im Finanzausschuß

Stuttgart, 10. März. Der Finanzausschuß des Landtags legte heute seine Beratungen bei Kap. 13 und 14 des Staats-Jahreshaushalts (Ministerium und Bezirksverwaltung) fort. Der Berichterstatter Kap. Pollich (Z.) stellte mehrere Anfragen. Neu eingestellte Ministerialbeamte sollen keine Zulagen mehr erhalten.

Es folgen zunächst Abstimmungen zu Kap. 2 (Staatsministerium). Ein kommunikativer Antrag auf Streichung der Titel 7, 10 und 11 wird abgelehnt. Ein Antrag Deumann (Soz.) die Gehaltsbefreiung in München sofort aufzuheben, wird ebenfalls abgelehnt, dagegen ein Eventualantrag Deumann, die württ. Gehaltsbefreiung in München auf 1. April 1931 aufzuheben, mit 10 Stimmen angenommen (4 Soz., 2 Dem., 2 Str., 1 Kom., 1 SPD). Ein weiterer Antrag Deumann (Soz.) betr. die Heraushebung der Dienstauswandsentschädigung für die württ. Gesandten in Berlin und München und für die vier kgl. Reichsratsbevollmächtigten wird ebenfalls abgelehnt. Annahme findet ein Antrag Winter (Soz.), dem Landtag alsbald eine Auffassung darüber vorzulegen, 1) wieviel laufende Mittel und Restmittel des Staatshaushalts seit 1924 der Reichsbahn, Organisationen und Privaten als Darlehen oder als Vorstöße gewährt werden und noch ausstehen, 2) wie hoch die Beträge sind, die seit 1924 in industrielle Unternehmungen des Staates und öffentlichen Körperschaften investiert und bei Privatpersonen und Banken angelegt wurden und noch ausstehen, 3) wie groß das Geldvermögen der Grundstücksverwaltung des Staates ist.

Zum Ananetat gab Staatspräsident Dr. Holz Aufschluß über verschiedene Personalfragen. Daran anschließend wurde folgender Antrag Pollich (Z.) angenommen? Statt 10 Ministerialräte zu sehen 8 Ministerialräte. Der Berichterstatter referierte dann über eine Eingabe des württ. Gemeindetags betr. Staatsbeiträge zum Straßenbau (Kap. 27). Weiter referierte er über Kap. 30 (sonstiger Aufwand für die Volksschulen) und Kap. 31. Die Staatsbeiträge an Gemeinden seien um 1.250.000 RM gekürzt worden. Die Eingabe führte zu einer grundsätzlichen Aussprache über das finanzielle Verhältnis von Staat und Gemeinden. Staatspräsident Dr. Holz betonte, daß manche Gemeinden schwer belastet seien; der Unfallschutzfaktor seien die Wohlfahrtsverbände. Die Gemeinden übersehen, daß für die gegenwärtige Finanzlage das Reich sich nicht auch noch um die Wohlfahrtsverbände kümmern könne. Auch der württ. Staat sei hierzu nicht in der Lage. Der Gemeindetag befände sich hier in einem grandiosen Irrtum. Die Staatsfinanzen seien nicht besser wie die der Gemeinden.

Finanzminister Dr. Dehlinger legte sodann die Lage der württ. Staatsfinanzen dar. Die Unbekanntheit der führenden Männer mit den finanziellen Verhältnissen des Staates sei erkrankend. Der Staat habe die Beiträge für gemeindliche Wohlfahrtsverbände von 25 auf 33 Prozent erhöht. Die Rotverordnungen hätten den Gemeinden neue Einnahmewellen erschlossen. Von diesen Steuern hätten die Gemeinden

eben erschienenen Schrift aus (Verlag C. W. A. Schulz, Dammurg 3). Schon als Knabe, am Ozean heranwachsend, lernte er die einschlägigen Auswirkungen des Trunks an seinen Kameraden in einer Weise kennen, daß in ihm immer wieder der Wunsch aufstieg: „Ach, könntest du helfen!“, bis er in seinem 23. Lebensjahr den Entschluß faßte, Abstand zu werden, aber nicht. Sie lagen nur die Regierung an. In Württemberg sei der Aufwand des Staates für die gesamte Wohlfahrtsverbände, die Schulassen, die Polizei- und Straßenbauverwaltungen höher wie nach dem Reichsdurchschnitt. Eine Kürzung aus dem Ausgleichslohn habe nicht stattgefunden. Die Gemeinden hätten auch 6 Prozent weniger Personalausgaben zu tragen. Die Gehaltskürzung für die Volksschullehrer mache für die Gemeinden allein eine Million pro Jahr aus. Der Finanzminister ist gegen die Änderung des Gemeindefinanzverhältnisses von 12 Prozent. Eine Regelung werde wahrscheinlich vom Reich herkommen. Die Finanzlage des Staates sei ferner günstig gewesen. Es dürfe jetzt aber keine Unordnung in die Staatsfinanzen gebracht werden. Als Referent käme eventuell eine Schlichtung in Frage, die Baden und Sachsen habe und Bayern habe einführen wollen. Damit könnten 5 Millionen RM. Mehrerinnahmen erzielt werden. Zugunsten der Gemeinden könnten keine weiteren Ausgaben mehr gemacht werden. Nach dem neuen Verteilungsschlüssel bekomme Württemberg vom Reich 3,1 Millionen RM. weniger. Die Fortverwaltung bringe weitere Einnahmewellen. Er müsse 1,3 Millionen RM. neue Einnahmen erschließen. Der Staat habe 45 Millionen Darlehen für die Reichsbahn flüssig zu machen. In diesen Schulden könne er nicht noch weitere Schulden für Straßenbau und dergleichen machen. Es bestehe jetzt vorsichtig und gewappnet sein. Der Finanzminister gab dann das Vermögen der Grundstücksverwaltung, sowie die Beteiligung des Staates an wirtschaftlichen Unternehmungen bekannt. Verfügbares Geld sei nicht vorhanden. Staatspräsident Holz und Finanzminister Dehlinger gaben Aufschluß über die Verwendung von Restmitteln. Die Reichsbahn und andere Unternehmungen haben bis jetzt aus Restmitteln 21 Millionen RM. Darlehen bekommen. Ein Zentrumsrechner stellte fest, daß wir nur 27 Millionen RM. Restmittel zur Verfügung haben, die aber zum Teil langfristig festgelegt sind, und daß wir für die Bilanzierung des Staats 1931 15 Millionen RM. Restmittel benötigen. Die langfristigen Gelder (Landeswasserwerk, Elektrizitätswirtschaft) könnten nicht flüssig gemacht werden. Die anderen 12 Millionen könnten ev. durch Anleihegelder abgelöst und für ein Defizit von 1932 Verwendung finden. Der Gemeindetag tue nichts, um die kleinen Gemeinden von den schematischen Belastungen der Befoldungsordnung zu befreien. Auch sonst sei beim Gemeindetag Sparmaßnahme nicht höchstes Prinzip. Ein sozialdemokratischer Redner sprach sich mehr im Sinne einer Erweiterung der Staatsleistungen zugunsten der Gemeinden aus. Ein Redner des Bauernbundes unterstützte die Ausführungen der Minister. Der Staat könne nicht alles machen. Die personellen Ausgaben in den Gemeinden müßten vermindert werden. — Fortsetzung Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Suche zum 1. April ein
Mädchen
mit guten Koch-Kenntnissen,
welches Jahreszeugnisse besitzt.
Frau
Kommerzienrat Schmidt,
Neuenbürg.
Gräfenhausen.
Ein
**Zucht-
Schwein**
verkauft oder tauscht gegen
fettes.
Ernst Wenz.
Oberhausen.
Wegen Wegzugs verkaufe
ich mein
**Zwei-Familien-
Wohnhaus**
mit 18 1/2 Ar Platz beim Haus.
Interessenten wollen sich
melden bis zum 15. März bei
Freih. Bodamer jg.
Zinslose Darlehen
auf 22 Jahre fest gegen zirka
1 1/2 % p. a. Verz.-Kost. incl.
Versicherungsschutz f. Haus-
kauf, Neubau und Hypo-
theken-Ablösung gibt ange-
sehene Bauparkasse nach kurzer
Wartzeit. Auskunft erteilt
General-Vertreter
**A. Pfeiffer, Baumaterialien,
Calw.**
Vertreter gesucht!
**Leitz-Ordner
Ablege-Mappen**
empfiehlt
C. Mees'sche Buchdlig.

Frohe Botschaft für die Hausfrau!



EXTRABLATT!

Janella

Bald kommt

Janella

541-126

eben erschienenen Schrift aus (Verlag C. W. A. Schulz, Dammurg 3). Schon als Knabe, am Ozean heranwachsend, lernte er die einschlägigen Auswirkungen des Trunks an seinen Kameraden in einer Weise kennen, daß in ihm immer wieder der Wunsch aufstieg: „Ach, könntest du helfen!“, bis er in seinem 23. Lebensjahr den Entschluß faßte, Abstand zu werden, aber nicht. Sie lagen nur die Regierung an. In Württemberg sei der Aufwand des Staates für die gesamte Wohlfahrtsverbände, die Schulassen, die Polizei- und Straßenbauverwaltungen höher wie nach dem Reichsdurchschnitt. Eine Kürzung aus dem Ausgleichslohn habe nicht stattgefunden. Die Gemeinden hätten auch 6 Prozent weniger Personalausgaben zu tragen. Die Gehaltskürzung für die Volksschullehrer mache für die Gemeinden allein eine Million pro Jahr aus. Der Finanzminister ist gegen die Änderung des Gemeindefinanzverhältnisses von 12 Prozent. Eine Regelung werde wahrscheinlich vom Reich herkommen. Die Finanzlage des Staates sei ferner günstig gewesen. Es dürfe jetzt aber keine Unordnung in die Staatsfinanzen gebracht werden. Als Referent käme eventuell eine Schlichtung in Frage, die Baden und Sachsen habe und Bayern habe einführen wollen. Damit könnten 5 Millionen RM. Mehrerinnahmen erzielt werden. Zugunsten der Gemeinden könnten keine weiteren Ausgaben mehr gemacht werden. Nach dem neuen Verteilungsschlüssel bekomme Württemberg vom Reich 3,1 Millionen RM. weniger. Die Fortverwaltung bringe weitere Einnahmewellen. Er müsse 1,3 Millionen RM. neue Einnahmen erschließen. Der Staat habe 45 Millionen Darlehen für die Reichsbahn flüssig zu machen. In diesen Schulden könne er nicht noch weitere Schulden für Straßenbau und dergleichen machen. Es bestehe jetzt vorsichtig und gewappnet sein. Der Finanzminister gab dann das Vermögen der Grundstücksverwaltung, sowie die Beteiligung des Staates an wirtschaftlichen Unternehmungen bekannt. Verfügbares Geld sei nicht vorhanden. Staatspräsident Holz und Finanzminister Dehlinger gaben Aufschluß über die Verwendung von Restmitteln. Die Reichsbahn und andere Unternehmungen haben bis jetzt aus Restmitteln 21 Millionen RM. Darlehen bekommen. Ein Zentrumsrechner stellte fest, daß wir nur 27 Millionen RM. Restmittel zur Verfügung haben, die aber zum Teil langfristig festgelegt sind, und daß wir für die Bilanzierung des Staats 1931 15 Millionen RM. Restmittel benötigen. Die langfristigen Gelder (Landeswasserwerk, Elektrizitätswirtschaft) könnten nicht flüssig gemacht werden. Die anderen 12 Millionen könnten ev. durch Anleihegelder abgelöst und für ein Defizit von 1932 Verwendung finden. Der Gemeindetag tue nichts, um die kleinen Gemeinden von den schematischen Belastungen der Befoldungsordnung zu befreien. Auch sonst sei beim Gemeindetag Sparmaßnahme nicht höchstes Prinzip. Ein sozialdemokratischer Redner sprach sich mehr im Sinne einer Erweiterung der Staatsleistungen zugunsten der Gemeinden aus. Ein Redner des Bauernbundes unterstützte die Ausführungen der Minister. Der Staat könne nicht alles machen. Die personellen Ausgaben in den Gemeinden müßten vermindert werden. — Fortsetzung Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

bracht werden können und für das Wirtschaftsleben keinen Wert mehr haben. Ich behaupte demgegenüber, und die Erfahrungen bestätigen es, daß die meisten Trinker oder alkoholgefährdeten Menschen, bei sachgemäßer Betreuung und der nötigen Fürsorge wieder zu ordentlichem Lebenswandel gebracht, ihren Platz in der menschlichen Gesellschaft wieder ausfüllen können. Leider werden erst dann, wenn die Trunksucht bereits weit vorgeschritten ist, die Fälle der Trinkerfürsorge gemeldet, und fast immer findet der Trinkerflieger bei seinem ersten Hausbesuch ein völlig zerrüttetes Familienleben vor, Streit und Unfrieden, Stellungs- und Arbeitslosigkeit, Not und Sorgen, Verschuldung und in vielen Fällen auch Ehebedrohungen, Strafsachen usw. Woraus sich die dringende Notwendigkeit zu frühzeitigem Eingreifen und Organisieren der Trinkerfürsorge stellen und alkoholgefährdeten Vereinen ergibt, die sich immer wieder aus der praktischen Arbeit heraus ablegt.

Württemberg.

Stuttgart, 11. März. (Keine Bezirkskammerparlamenten im Jahre 1931) Laut einem Erlaß des Kultusministeriums ist im Jahre 1931 aus Gründen der Sparlichkeit von der Abhaltung der Bezirkskammerparlamenten abzulehnen.

Stuttgart, 11. März. (Amerikanische Konditoreen kommen nach Stuttgart.) Ende Mai wird eine archere Gesellschaft amerikanischer Konditoreen eine Reise durch Deutschland antreten, als Erdberührung auf den Besuch deutscher Konditoreen in Amerika im Jahre 1929. Der Bericht wird nach Stuttgart. Die Rückreise erfolgt Ende Juni mit dem Dampfer „Stuttgart“.

Halsingen, O. A. Keulingen, 11. März. (Von einer Wälsch angriffen.) In eine recht mäßige Lage kam der Landwirt Spohn, als er dieser Tage im Forstort Kohlfeld auf der Markung Kohlfeld mit Holzholen beschäftigt war. Spohn sah von ferne wie ein Tier die Erde begrün. Die Schneereste aufwühlte. Es für einen Fuchs oder Dachs haltend, kam er näher, mußte aber zu seinem großen Schrecken feststellen, daß es sich um ein hopitales Wildschwein handelte. Das Vorstehen, wahrscheinlich von großem Hunger geplagt, stellte sich gar Wehr. Fuhrmann rettete sich auf seinen Schlitzen, konnte aber nur mit großer Mühe das fortwährend Pferde und Schlitzen umkreisende Tier mit der Art und kräftigen Hilfsmitteln abholen und endlich verschwinden. Weshalb Jäger wird es gelingen, die herrliche Beute zu fähren?

Münchingen, 11. März. (Reiterhohe Schneeverwehungen.) Die harten Schneefälle haben die Straßen wieder tief verweicht, so daß ein Autoverkehr völlig unmöglich ist. Auch die Postautos haben den Verkehr nach Jaisfahen, Laichingen usw. vorläufig einstellen müssen. O. A. Balingen, 11. März. (Im Streit erstickt.) Die schwere Adalich ihren des arbeitslosen Opiers Paul Kupp aus Jaisfahen gegen den Gollhold Hälfinger von hier, über die vor acht Tagen berichtet worden ist, haben zu einem traurigen Ende geführt.

Morgen, beginnen wir mit dem Abdruck unseres neuen, ungemein fesselnden, Romans:

Die kleine Frau Storkonr

Reinhold A. Schulz

Der junge Hollinger ist seinen schweren Stüchserkrankungen im Ebingen Krankenhaus erlegen. Die Stützkräfte waren zurückzuführen auf ein Liebesverhältnis des Knaben mit der Schwester des Hollinger, das dem Knaben nicht baldend wollte. Der junge Hollinger war als ein sehr fleißiger und ruhiger Mensch bekannt und die Stütze seiner Eltern.

Baden.

Pforzheim, 11. März. In seiner Wohnung in der St. Georgenstraße schied heute früh ein in den 80er Jahren stehender Sekretär freiwillig aus dem Leben, indem er Selbstmord einnahm.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 11. März. Der Reichsanwalt hat, wie die Süddeutsche Anzeigerzeitung berichtet, gegen den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Schloffer ein Hochverratsverfahren eingeleitet.

Waldshut, 11. März. Das Schöffengericht Waldshut verurteilte die Brüder Anker aus Ravensburg, die im August 1927 einen Einbruch in das Pfarrhaus Degerau verübten, unter Anrechnung von Strafen der Gerichte in Ravensburg und Kottwil sowie Dingolfing wegen der gleichen Verbrechen von 8 und 9 Jahren Zuchthaus zu einer Gesamtschicksstrafe von 11 1/2 Jahren. Die beiden Brüder hatten in Württemberg und Baden zahlreiche Pfarrhausbrüche verübt und konnten erst nach langem Suchen gefasst werden.

Vörsach, 11. März. Der 33 Jahre alte August Mattes von Tübingen und die 31 Jahre alte Gertrud von Kesserslautern, die seit Ende Januar unter falschem Namen als Ehepaar in einem Hotel in der Nähe von Vörsach sich aufhielten, wurden von der Gendarmerie festgenommen. Wie sich herausstellte, handelt es sich bei den beiden um ein langjähriges Ehepaar, das in Baden und Württemberg eine Reihe von Einbrüchen, Autodiebstählen und ähnlichen Verbrechen verübt hat. Nicht weniger als ein Dutzend deutsche Staatsanwaltschaften interessieren sich für dieses Paar. Sie wurden zunächst der Staatsanwaltschaft Stuttgart übergeben.

Leipzig, 11. März. Die große Technische Messe und Baumesse in Leipzig ist am Mittwoch zu Ende gegangen, womit die gesamte Frühjahrsmesse ihren Abschluss gefunden hat. Ueber den wirtschaftlichen Erfolg der Technischen Messe und Baumesse für die Aussteller und Besucher ist zu sagen, daß in erstaunlich hohem Maße gefragt und gekauft worden ist, und daß im Durchschnitt die Messe über alle Erwartungen gut, im Verhältnis zur Wirtschaftslage sogar ausgezeichnet war.

Berlin, 11. März. Die Staatsanwaltschaft in Berlin hat jetzt gegen den Schriftsteller Moriz Carow und den Verleger Lehmann öffentliche Anklage wegen formaler Beleidigung und übler Nachrede gegenüber dem Bundestagsabgeordneten Kattner erhoben. Die Verhandlung wird vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte durchgeführt werden.

Berlin, 11. März. Die Nachricht, daß die „Kreuzzeitung“ am 1. Juli ihr Erscheinen einstellen werde, ist, wie von dem Blatt mitgeteilt wird, nicht zutreffend. Ebenfalls richtig ist es, daß Verhandlungen mit einem anderen Rechtsblatt über eine Druckgemeinschaft unter Verzicht auf eine eigene Redaktion geführt werden. Die „Kreuzzeitung“ werde auch in Zukunft in gewohnter Weise und unter Wahrung ihrer vollkommenen politischen Selbstständigkeit erscheinen.

Berlin, 11. März. Der frühere Reichsanwalt Hermann Müller hat einen Rückfall in sein altes Götter- und Erbsünden erlitten. Vor nicht ganz zwei Jahren mußte er sich in Heidelberg einer schweren Nierenerkrankung unterziehen. Jetzt ist neuerdings seine Ueberführung in eine Klinik in Mönchswald notwendig geworden. Die angehängte zweite Untersuchung des schwerkranken Reichsanwalters a. D. Müller durch die behandelnden Ärzte hat ergeben, daß von einer sofortigen Operation vorläufig abgesehen und daß sie vielleicht sogar ganz vermieden werden kann. Im übrigen ist im Befinden des Patienten eine leichte Besserung zu verzeichnen.

Leuerkufen, 11. März. Bei einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Motorcar und einem Eisenwagen wurden heute abend drei Personen schwer und vier leicht verletzt. Einem Motorcarfahrer, der auf der falschen Seite der Straße fuhr, wollte ein entgegenkommender Eisenwagen ausweichen und ließ dabei mit einem anderen Wagen zusammenstoßen. Der Anprall war so heftig, daß die Insassen des Eisenwagens durch die Schutzscheibe flogen. Der Motorcarfahrer und zwei Insassen des Eisenwagens wurden schwer, vier weitere Insassen des Eisenwagens leichter verletzt.

Schnee und Kälte

Störungen im Eisenbahnbetrieb infolge Schneefalls

Stuttgart, 11. März. Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Im Bezirk der Reichsbahnbetriebsämter Friedrichshafen, Weiskirchen, Sigmaringen und Ulm kam es infolge des ununterbrochenen Schneefalls am Dienstag zu Störungen in den Weichen und Signaleinrichtungen und zu

größeren Zugverspätungen. Die Personenzüge erhielten durchschnittlich eine halbe Stunde, die Güterzüge bis zu vier Stunden Verspätung. Der Personenzug 1100 Ulm-Jammendingen blieb gestern abend bei Sigmaringendorf stehen und mußte mit Hilfe einer Lokomotive aus Sigmaringen abgeschleppt werden; er kam mit zwei Stunden Verspätung in Sigmaringen an. Der Personenzug 1116 Tuttlingen-Ulm blieb bei Ehingen a. D. im Schnee stehen und mußte ausgehauelt werden; mit nicht als zweistündiger Verspätung konnte er seine Fahrt fortsetzen. In Ulmendorf blieb am Mittwoch die Lokomotive eines Güterzuges beim Rangieren im Nebengleis stehen. Sie mußte von zwei Lokomotiven herausgezogen werden. Zur Beseitigung der Schneemassen auf den Strecken mußten Schneepflüge im Müggau, auf der Südbahn, der Donaubahn, der Schwarzbahn, der Nagoldbahn und der Kitzingbahn eingesetzt werden.

Friedrichshafen, 11. März. Der neuerliche Schneefall nach der Unterbrechung von Montag nacht und Dienstag vor-mittag beginnt sich im Oberrheingebiet allmählich fühlbar zu machen. Fast alle Abendzüge aus Richtung Stuttgart er-litten gestern bis zu einer Stunde Verspätung, wie der Schnellzug und die R.41 bzw. 2261 Uhr ankommenden Per-sonenzüge. Direktor Maier von der schweizerischen Metro-logischen Zentralanstalt in Zürich bezeichnet die derzeitige Wetterlage als äußerst gefährlich, aber nicht bedrohlich, da wir uns an der Schwelle einer Kälteperiode befinden und ein Aufschwung in eine Frühlage nicht zu befürchten sei. Ein Froststurm allerdings würde eine unvorstellbare Katastrophe herbeiführen. Die Temperatur werde sinken. Vorläufig be-stehe also eine kritische Lage in Bezug auf einen neuen starken Kälteeinfall.

Winterdramen in der Alpenwelt

München, 11. März. Der außerordentlich kalte Nach-winter hat in der Alpenwelt furchtbare Dramen der leiden-den Kreatur zur Folge. So fanden Holzwerker in Kreuztal Tirol, die von Fischen angegriffen im tiefen Schnee auf den Tod warteten. Bei Curtis (Sondereg) bemerkten Winterfrischler einen Hahnenfuß, auf dem sich fünf Vögel und sieben Meise in rauher Gemeinschaft erschöpft an-einander fauerten. Nebenher trötete mäßig am Dalkstrich eine Dohle. Die armen Tiere waren halb erfroren auf den Hängen aus dem Schnee ausgegraben worden.

Nicht so gut meinte es das Schicksal mit sieben Tischen und etwa 40 Rebhen, die sich im Arbergebirge auf den Bah-nkörper geflüchtet hatten, weil sie hier vor Schneefahrern sich geschützt glaubten. Vögel wurden die Schutz suchenden Ge-schöpfe vom Nachschneefall, der von Innsbruck herandrante, vollständig gerodet.

Für die Vogelfauna, besonders für die vor vierzehn Tagen eingetroffenen Vögel, hat der Bund für Vogelschutz jetzt einen Auftrag erteilt, damit sie gefüttert und durchge-halten werden. Besser geht es nur den jähren und weiter-lebten Gänzen. Von ihnen erzählt ein Jäger, daß er auf der Spitze des Gernersteins in 2000 Meter Höhe zweihundertzwanzig Stück auf ganz engem Raume zur Ueberwinterung zusam-mengebrängt sah.

Inzwischen sind in ganz Oberbayern neue Schneemassen niedergegangen. Auch in München hat sich ein fast nie er-lebter Schneefall eingestellt. Am Dienstag abend setzte ein Schneefall in einer Stärke ein, wie noch nie in diesem Win-ter. Bis in die ersten Morgenstunden des heutigen Mittwochs schneite es ohne Unterbrechung. Die Folge war, daß heute früh Straßen förmlich im Schnee versunken lagen. Eine beispiellose Erschwerung des ganzen Verkehrs trat ein. Die ersten Straßenbahnen konnten meist nur schrittweise verkeh-ren und an allen Haltestellen mußte gehalten werden, um die Weichen und Gleise zu säubern. Die Autos kamen kaum vorwärts, der Radverkehr war ganz unmöglich.

Die Straßenreinigung fand vor einer fast unermesslichen Aufgabe. Noch in der Nacht wurden 56 Schneepflüge ein-gesetzt. Von früher Morgenstunden an waren 5000 Schnee-räumer mit 3000 Abfuhrwagen an der Arbeit. Außerdem hatte man über 150 Privatfahrzeuge zur Abfuhr der Schnee-massen herangezogen. Auch der Bahnverkehr hatte schwer zu leiden. Der schweizerische Schnellzug traf mit drei Stunden Verspätung in München ein.

Todesopfer der Kälte in England

London, 10. März. Fast Tote und viele Hunderte Ver-letzte hat die Kälteperiode allein am Montag in England ge-fordert. Der 9. März war der kälteste Tag seit 60 Jahren. Das ganze Land wird von einem heftigen Schneesturm heimgesucht, und an vielen Orten ist durch den Schnee jeder Ver-kehr lamgelegt. Die Schiffe flüchten in die Häfen, um des Unwetters abzuwarten. Die Dampfer, die von Amerika kom-men, berichten über ganz ungewöhnlichen Wellengang auf dem Atlantik. Eine Anzahl kleiner Dampfer ist gescheitert. Die Rettungsboote der Müllerkationen werden immer wieder herausgerufen. Bis jetzt haben die Schiffbrüche keine Men-schenopfer gefordert. Die Dampfer kommen auch aus den ver-schiedenen Teilen des Landes. In Staffordshire hat man oergeliche Versuche gemacht, um die Eisbede eines Teiles zu sprengen, und einen neunjährigen Schüler, der einge-brochen war, zu retten, zu dem man nicht über die dünne Eisbede gelangen konnte. Eingetretenes Unwetter und be-träufelnder Frost hat die Straßen Londons spiegelglatt gemacht und unzählige Verkehrsunfälle haben sich bereits ereignet. Im ganzen Lande sind Hunderte und Tausende eingeschleppt worden. Durch eine Kälteperiode, die über den Pazifik des Ozeandampfers „Laconia“ der Cunard-Linie verläuft, wurde ein Seemann getötet und ein anderer schwer ver-letzt. Der Dampfer befand sich unweit der Küste von Cornwal bei der Einfahrt in den Kanal.

Frankreich verbietet Dr. Dorens die Herausgabe seiner Memoiren

Aus Speyer wird von besonderer Seite berichtet: In den jüngsten Tagen sind durch die deutsche Presse wiederholt Mit-teilungen gegangen, wonach Dr. Dorens seine Erinnerungen herauszugeben gedente. Er wurde, so hieß es in den Berich-ten, einen Verleger für seine Memoiren. Angeblich hätte ein-einzelne Verlagsanstalten, denen die Enthaltungen ange-boten worden seien, eine Verbreitung abgelehnt mit der Be-gründung, daß es nicht ratsam sei, das Material zu veröf-fentlichen, weil am separatistischen Vorhaben auch Personen beteiligt gewesen seien, die später die Bewegung weit vor-sich gewiesen hätten und heute hohe Posten in Regierungskreisen bekleideten.

Dazu wird nun von einer dem ehemaligen Staatsanwalt und Separatistenführer nahestehenden Stelle mitgeteilt, daß Dr. Dorens seine Memoiren unter dem Titel „Stromungen, Gegenströmungen, Unterströmungen“ bereits geschrieben hat. Er verhandelte, so wird weiter berichtet, mit einem ameri-kanischen Leitungsunternehmen (Hearst?) bis Anfang Febru-ars 1931 über den Verkauf der Verlagsrechte seiner Erinne-rungen. Daraufhin suchte das französische Außenministe-rium, das von den Verhandlungen erfahren hatte, die Ver-öffentlichungen Dr. Dorens zu verhindern. Dr. Dorens wurden von der französischen Regierung 50 000 Franken an-geboten gegen die Verpflichtung, daß er von einer Heraus-gabe und Verbreitung seiner Erinnerungen und seiner Enthäl-lungen solange abstehe, bis ihm der Wahl d'Orsay die Ge-nehmigung dazu erteilt. Das französische Angebot war außerdem von der Drohung begleitet, daß Dr. Dorens im Falle der Ablehnung die französische Staatsangehörigkeit wieder entzogen werde und er mit einer Ausweisung aus Frankreich rechnen müsse. Dr. Dorens ging, wahrscheinlich um seine Existenz zu sichern, auf das Angebot ein, bekam hat 50 000 Franken deren 75 000 anbezahlt und hat die Heraus-gabe seiner Erinnerungen auf unbestimmte Zeit verschoben.

Unterrichtete Kreise weisen darauf hin, daß es Dr. Dorens mit der Herausgabe seiner Erinnerungen nur auf die Geldverdienen“ angekommen sei. Er ist heute in Paris Rechtsanwalt und befaßt sich, nachdem er von seiner ersten Frau geschieden war, neuerlei Vermögen mehr. In den Kreisen, die es wohl wissen müssen, erzählt man sich, daß es ihm nach der Scheidung recht schlecht ergangen sei. Seit er aber eine neue Ehe mit einer Französin eingegangen sei, hat ihm der französische Staat eine Existenz infolieren verschafft, als er ihn in Paris am Gericht als Rechtsanwalt zuließ. Vor kurzem ist es Dr. Dorens immer noch nicht recht gut ge-gangen.

Gemeinde Conweiler und Feldrennach.
Die nachstehende, von dem Ortsvorsteher je mit Zu-stimmung des Gemeinderats vom 30. Januar bzw. 3. Febr-uar ds. Js. auf Grund von § 30 Abs. 1 der Ver.-Ordnung über Kraftfahrzeugverkehr erlassene

ortspolizeiliche Vorschrift
ist vom Oberamt Neuenbürg am 5. März 1931 gemäß Art. 53 Abs. 2 Pol.-Str.-Ges. für vollziehbar erklärt worden:

1. Der Conweiler-Weg, schmaler Verbindungs- und Feld-weg zwischen Feldrennach und Conweiler, wird für den Kraft w a g e n -verkehr gesperrt. Eine Ausnahme be-steht nur für das Auto des Ortsarztes Dr. med. Horsch, Feldrennach, soweit es zu dienstlichen Zwecken benützt wird.
2. Zuwiderhandlungen gegen obige Vorschrift werden ge-mäß der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen mit Geld oder Haft bestraft.
3. Diese Vorschrift tritt mit dem Tage der Bekanntgabe in Kraft.

Den 9. März 1931.
Die Ortspolizeibehörden:
Conweiler: Langenstein. Feldrennach: Schleich.

Neuenbürg.
Von 4 Uhr ab
hausgemachte Griebenwürst
empfiehlt
Gottlieb Stengele.
Birkenfeld.
Schöne
Drei-Zimmer-Wohnung
zu vermieten.
Schillerstr. 3.

Dachschindeln,
zirka 12000 St., sucht gegen Kasse zu kaufen.
A. Gauer,
Spöck, Post Bruchsal Land.
Birkenfeld.
Ein Einspännerwagen,
zirka 50 Zentner Heu,
10 Zentner Stroh, eine noch bereits neue Futter-schneidmaschine und ein Glockengeschirr
sind zu verkaufen
Dietlinger Str. 17.

Freiwillige Feuerwehr Birkenfeld.
Am Samstag den 14. März 1931, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus z. „Adler“ unsere
jährl. General-Versammlung
statt, wozu wir unsere Mitglieder höflichst einladen. Fehlende werden bestraft.

Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht. 2. Kassen- und Revisionsbericht. 3. Verschiedenes. 4. Anträge und Beschwerden der Mitglieder.

Das Kommando.

Herrenalb, den 11. März 1931.
Dank sagung.
Für die liebevolle Teilnahme, die wir beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen
August Waidner
(Schanz)
von allen Seiten erfahren durften, sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus. Besonders danken wir dem Liederkranz Sozial und dem Leichenchor für den erhabenen Gesang, für alle Kranz-spenden, sowie allen denen, die ihm die letzte Ehre erwiesen haben.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gefangbücher
von einfachster bis feinsten Ausführung
C. Meeh'sche Buchhandlg., Inh. Fr. Biesinger.

Forstamt Herrenalb-Str.
Brennholz-Berlauf
am Montag den 16. März 1931, vormittags 10 Uhr, in Herrenalb im Hotel Sonne aus Staatswald Distr. Bren-nenwald, Malenberg, Schörlig-halde und Wursberg: Am 2 Buchen Prügel, 1 Eichen, 2 Birken und 460 Nadelholz-andern. Losverzeichnisse durch das Forstamt.

Neuenbürg.
Karl Brommer Btm.
Schulranzen und Leder-taschen.

A. D. A. C.
Freitag den 13. März, abends 8 Uhr, im Restaurant Schumacher, Neuenbürg
Monats-Versammlung.
Wichtige Tagesordnung (Besprechung des Programms zur Gauwertungsfahrt Wild-bad).
Der Vorstand.
Konto-Büchlein
C. Meeh'sche Buchhandlung.

Das Leben
ist trotz mancher Sorge dem Gesunden eine Freude, dem Kranken aber eine Last. Deshalb trinken Sie jetzt im Frühjahr eine der vier Sorten des im In- und Ausland seit Jahren berühmten

Rhöner Gebirgskräuter-Tee.

- Nr. 1 Gegen Nüch, Rheumatismus, Jchlos, Herenschuß, Brästen-erhaltung, Magen- und Darmbeschwerden, Appetitlosigkeit, Nieren- und Blasenleiden usw.
- Nr. 2 Gegen Nervosität, Bleichsücht, Kopfschmerzen, Hämorrhoiden, Krampfadern, geschwoll. Beine, Wasserfücht, Zitterbleichheit u.
- Nr. 3 Gegen Grippe, Husten, Verstopfung, Bronchialkatarrh, Asthma, Lungenleiden u.
- Nr. 4 Zur Blutreinigung und -Verbesserung, gegen Schlaflosigkeit, Verstopfung und Hautunreinigkeiten.

Kaufen Sie keinen Tee bei Hausfrauen oder Reisenden! Holen Sie sich in der Apotheke 1 Paket „Rhöner Gebirgskräuter-Tee“. Der- selbe ist in hervorragendem Maße heilkräftig, dabei sehr wohl-schmeckend und billig und wird von Allen, die ihn kennen, jedem andern vorgezogen. Er hat Tausenden geholfen und hilft auch Ihnen. Zu haben in Neuenbürg, Schömburg in der Apotheke.